

Heute
jede
Stimme
der
SAP
in Preußen
Liste 18



Sozialistische Arbeiterzeitung

DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

Die SAP kämpft

gegen das Notverordnungsregime,
gegen Burgfrieden mit den Lohnräubern,
gegen die Zersplitterung der Arbeiterklasse,
für die soziale Befreiung,
für die Einheit der Arbeiterklasse,
für die Schaffung einer Arbeiterregierung.

Das sind die Kampflosungen der Sozialistischen Arbeiter-Partei
Wer sie unterstützt, der wählt am heutigen Sonntag SAP

Gegen Nazi-Mordterror geschlossene Arbeiterfront

SPD-Vorsitzender Wels in Köln von Nazis niedergeschlagen und verletzt

Köln, 23. April 1932

In der Nacht von Freitag zu Sonnabend wurde Otto Wels nach einer großen SPD-Kundgebung in Köln, in seinem Hotel, wo er logierte von einer Nazibande überfallen und niedergeschlagen. Wels erlitt durch einen Schlag auf den Kehlkopf Verletzungen an den Stimmbändern. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Köln, Bauknecht, der sich in Begleitung von Wels befand, wurde ebenfalls niedergeschlagen. Die Nazihorde wurde angeführt von den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Ley. Ley, der total betrunken gewesen sein soll, wurde mit seinen Spießgesellen zusammen verhaftet.

Dieser Ueberfall ist ein Alarmsignal für die ganze Arbeiterklasse. Er zeigt, zu welcher Gefahr sich der Faschismus für die Arbeiterklasse ausgewachsen hat. Es geht hier gar nicht um die Person Wels. Wels wie auch der sozialdemokratische Polizeipräsident haben sich durch ihre Tätigkeit bei hunderten tausenden von Arbeitern verdient gemacht. Sie darf aber keinen Arbeiter veranlassen, etwa diesem Ueberfall gleichgültig oder gar mit Schadenfreude gegenüberzustehen. Das wäre grundfalsch. Abgesehen davon, daß jeder derartige Terror, ganz gleich, gegen welche Person, von jedem Arbeiter bekämpft werden muß, handelt es sich hier um mehr. Der Ueberfall auf Wels ist nicht etwa wegen seiner arbeiterschädlichen Politik erfolgt, sondern es ist der Angriff auf die SPD als Arbeiterpartei. Die Nazis halten sich schon für stark genug, die große SPD zu überfallen und ihre Führer durch persönlichen Terror niederzuschlagen.

Das ist das Signal für die gewaltsame Niederschlagung und Vernichtung der ganzen Arbeiterorganisationen durch die Hitlerhorden.

Dagegen muß die ganze Arbeiterklasse geschlossen den unerbittlichen Kampf aufnehmen. Dieser Naziterror wird nicht niedergeschlagen durch Appelle an die Regierung, wie das jetzt der SPD-Vorstand durch Telegramme an die Reichs- und Staatsbehörden macht. Die Staatsbehörden sind die Förderer und Wegbereiter der Nazis.

Den Naziterror kann nur die angewandte Macht des geeinten Proletariats brechen.

Dazu bedarf es aber einer grundlegenden Aenderung der ganzen SPD-Politik. Diese Lehre müssen besonders die SPD-Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder aus dem Ueberfall in Köln ziehen. Die SPD hat durch ihre Politik der Tolerierung des Lohnraubs, der Sozialreaktion, durch den Polizeiterror Severings gegen die Arbeiterklasse den Nazis den Weg bereitet.

Darum Schluß mit dieser arbeiterfeindlichen SPD-Politik. Das ist die erste Voraussetzung für die Herstellung der einheitlichen Klassenfront. Die geschlossene Arbeiterschaft hat die Kraft, die Hitlerbande vernichtend zu schlagen und mit dieser faschistischen Mordpest endgültig aufzuräumen.

gegeben hat, bleibt Brüning nichts anderes übrig, als dies zu bestätigen. Der Reichskanzler Brüning wird darum auch seine Unterschrift unter das Reichsbannerverbot, das Groener ihm vorlegen wird, geben.

Hierbei beachte man noch dies: als der Hindenburg-Brief erschien, hat der „Vorwärts“ sich unabhängig darüber entrüsted, daß das Reichsbanner auf eine Stufe mit den SA-Truppen gestellt werde. Prälat Kaas tut im Grunde genommen genau dasselbe. Auch er läßt einen Unterschied nicht gelten. Natürlich ist der Prälat Kaas ein viel zu kluger Politiker, um nicht einzusehen, daß Reichsbanner und Hitler-Wehr vollständig entgegengesetzte Organisationen sind, aber eben weil er ein kluger Politiker ist, rückt er rasch vom Reichsbanner ab. „Kaas weiß eben auch, was alle wissen: nach dem 24. April gilt für das Zentrum die Parole: Augen rechts! Die SPD ist in Preußen nicht mehr die stärkste Partei, und das Zentrum hat von ihr darum nicht mehr viel zu erwarten. Auf diesen Augenblick richtet sich das Zentrum jetzt ein. Es stellt sich um, und die Koblenzer Rede des Prälaten Kaas ist die erste große sichtbare Schwenkung.

Zentrum gegen Reichsbanner

Eine bedeutsame Erklärung des Prälaten Kaas

Während der „Vorwärts“ und seine Leser sich noch immer in der Hoffnung wiegen, daß das Verbot des von Hoeltermann bereits weitgehend denaturierten Reichsbanners noch im letzten Augenblick verhindert werden könne, ist die Frage bereits entschieden. Nicht nur weil der mit Hilfe des Reichsbanners wiedergewählte Präsident Hindenburg unbedingt darauf besteht, auch nicht nur, weil die hinter Hindenburg stehenden Kräfte sich mit weniger nicht zufrieden geben, und weil vor allem die Schwerindustrie samt ihrem Trommler Hitler dies verlangen, sondern weil auch das Zentrum jetzt nichts mehr vom Reichsbanner wissen will und entschlossen ist, dieses zum Zwecke der Erhaltung seiner eigenen Position auf dem Altare Hindenburgs zu opfern. Das geht klar und eindeutig aus einer Rede hervor, die der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas, am Freitag in Koblenz hielt, und worin dieser auch zu dem Verbot der SA Stellung nahm. Hierbei führte Kaas wörtlich aus:

„Ich sträube mich in keiner Weise dagegen, daß von seiten der Reichsregierung eine größere Prüfung durchgeführt wird, ob nach diesem Verbot sich auch die entsprechenden Konsequenzen für die anderen Kampforganismen politischer Parteien ergeben. Es kann nicht von Gutem sein, wenn man diese Dinge nur parteipolitisch betrachten will. Ich verstehe es, aus welchen Erwägungen das Reichsbanner gegründet wurde. Aber wenn der Staat durchgreift der einen Seite gegenüber, muß auch nach der anderen Seite die Grenze gezogen werden.“

Es ist bezeichnend, daß die SPD-Presse ihren Lesern diese Äußerung vorenthält. Dazu besteht freilich auch aller Grund, denn wenn überhaupt das Reichsbanner noch zu retten war, dann nur und ausschließlich mit Hilfe des Zentrums. Damit duldet es auch keinen Zweifel mehr, was die Begegnung Groeners mit Brüning bezweckt: nachdem der Vorsitzende des Zentrums das Reichsbanner preis-

Mosse und Ullstein für SPD

Während die Mosse- und Ullstein-Presse bisher nur ganz allgemein für die „Parteien der Ordnung“ agitierte, setzt sie sich jetzt ganz offen für die Sozialdemokratie ein und gibt den Lesern anheim, für SPD, Staatspartei oder Zentrum zu stimmen.

Arbeiter, macht dich das nicht stutzig? Ist dies nicht der beste Beweis dafür, daß die SPD keine Klassenpartei, keine Arbeiterpartei mehr ist?

Gib hierauf die Antwort.

SAP Liste 18

Bei den Harzburgern gelandet. Der bekannte volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Hintzmann ist aus seiner Fraktion und aus seiner Partei ausgetreten und hat seine besonderen Aemter als Geschäftsführer der Fraktionsführer und Vorsitzender des volksparteilichen Reichsjugendausschusses niedergelegt.

Parole SAP in Preußen Liste 18

Aufpassen!

Die Wahlzeit beginnt
um 8 Uhr vorm. und endet
um 5 Uhr nachm.
Geht rechtzeitig zur Wahl
für die Liste der

SAP

Schafft klare Klassenfront!

Heute gehen viele Millionen Männer und Frauen zur Wahlurne. Leute werden die „Vertreter des Volkes“ gewählt in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg. Heute finden auch in fast ganz Oesterreich Kommunal- und Kreistagswahlen statt, heute wird auch im „roten“ Wien gewählt.

Der Parlamentarismus in Deutschland ist kaputt. Und doch wird nirgends mehr „gewählt“ als in Deutschland und den Ländern, wo sich der Parlamentarismus selbst erledigt hat. Im Reich, in den Länderstaaten und Kommunen haben die Parlamente längst nichts mehr zu sagen, herrscht die Diktatur, wird mit § 48 und Notverordnungen „regiert“, und doch ist ganz Deutschland seit Monaten erfüllt mit dem Geschrei der Wahlpropaganda, mit dem aufdringlichen Werben um die Stimme jedes einzelnen Wählers. Ziemlich die Hälfte aller Wähler sind Anhänger sogenannter antiparlamentarischer Parteien (Nazi, deutschnational auf der einen, KPD auf der anderen Seite), und doch hat kaum eine Zeit höhere Beteiligungsziffern bei parlamentarischen Wahlen erreicht als gegenwärtig.

Ja, die sich am extremsten antiparlamentarisch gebärdenden Parteien, die NSDAP und die KPD, sind am versessensten aufs Wählen. Ihnen genügt es offenbar noch nicht, daß dieselben Wähler zur Reichspräsidenten-, Landtags- und Kommunalwahl in wenigen Wochen viermal zur Wahlurne gerufen werden. Sie veranstalten extra noch unzählige „Volksbegehren“, „Volksentscheide“ usw. Alles zu dem Zweck, um die kaum gewählten Parlamente wider aufzulösen und auf neue zu wählen, zu wählen. Die „antiparlamentarischen“ Parteien, besonders die Faschisten, werden bei diesen Parlamentswahlen immer stärker, während die rein parlamentarischen Parteien, die SPD, die Demokraten und sonstige Mittelparteien, die im Parlament den Nabel der Weltgeschichte erblicken, bei dieser wilden Wählererei immer schwächer werden.

Ist das alles nicht eine vollendete Verrücktheit, ein unerkennbarer Widerspruch?

Es scheint nur so. In Wirklichkeit zeigt gerade diese Häufigkeit der Wahl, dieser wilde Tanz um die einzelnen Stimme der Millionen Wähler, die Unbeständigkeit und das Sterben des Parlamentarismus an. Es zeigt an, daß die Stabilität der kapitalistischen Herrschaft endgültig dahin ist, daß die bürgerliche Gesellschaft in allen Fugen kracht.

Das ordnungsgemäß funktionierende Parlament, das normal nach Ablauf der Legislaturperiode neugewählt wird und wo tatsächlich über die Zusammensetzung der Regierung und die Gesetze entschieden wurde, war die Herrschaftsform des stabilen Kapitalismus. Der Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft, der seinen Ausdruck in der immer schärferen und unlösbarer Wirtschaftskrise findet, bedingt, daß die kapitalistischen Machthaber mit ihrem eigenen Herrschaftsinstrument, dem Parlament, die Macht nicht mehr behaupten können. Das Parlament wird als Machtinstrument für sie immer untauglicher. Deshalb müssen sie zur offenen Diktatur greifen.

Aber wenn schon mit der Diktatur regiert wird, weshalb wird denn überhaupt gewählt, weshalb werden nicht alle Parlamente abgeschafft und damit die Wahlen unmöglich gemacht?

Gäbe es eine geschlossene Arbeiterbewegung, gäbe es eine revolutionäre Klassenpartei, die fähig wäre, die große Mehrheit der Bevölkerung, die heute gegen das kapitalistische System eingestellt ist, zum revolutionären Kampf zu sammeln, dann gäbe es bestimmt längst keine Wahlen mehr in Deutschland. Dann würde sich der Machtkampf ausschließlich auf außerparlamentarischem Gelände abspielen. Die Machthaber würden dann nicht zulassen, daß sich die revolutionäre Massenfront bei Parlamentswahlen sammeln und in immer stärkerer Zahl formieren würde.

Aber weil die SPD im Lager der Bourgeoisie steht und mit ihrer reinen Parlamentspolitik ständig einen großen Teil der Prole-

tariermassen von der Klassenfront absprengt, und weil die KPD unfähig ist, eine revolutionäre Klassenpolitik zu treiben und so von der anderen Seite die Proletariat entkuschelt und aktionsunfähig macht, deshalb fallen bei den Wahlen die großen, vom „System“, von der kapitalistischen Wirtschaft ausgebeuteten, enteignet und zur Verzweiflung getriebenen Massen der nationalsozialistischen Demagogie zum Opfer. So sind die Nazis die einzigen wirklichen Nutznießer der Wahlen. Für sie stellt jede Wahl eine Verstärkung ihrer Machtposition dar.

Das ist aber auch der Grund, warum die heutigen Machthaber immer wieder Wahlen zulassen. Mit dem in die Massenfront anstehenden Heer der Hitlerpartei schafft sich die Bourgeoisie die neue Massenbasis für die Aufrechterhaltung ihrer Macht in der Form der blutigsten Diktatur. Die vielen Wahlen stellen so nichts anders dar als eine scheinbar demokratische Methode zur Umgruppierung der Klassenkräfte mit dem Ziel und Zweck, trotz Krise und Zerfall die kapitalistische Herrschaft über die Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten.

Dank der Zerrissenheit der Arbeiterklasse infolge der arbeiterverräterischen SPD- und unfähigen KPD-Politik geht diese Umgruppierung der Klassenkräfte nicht unter einer den Massen klar sichtbaren Klassenscheidung vor sich. Wie bei der Präsidentschaftswahl, so findet auch jetzt bei den Preußen- und Länderwahlen der Kampf nicht statt unter der klaren Parole: Die Arbeiterklasse, die Kapital. Vielmehr beherrscht auch jetzt, bei der heutigen Wahl, die klassenverwirrende Fragestellung: „Für oder gegen Hitler?“ das Kampffeld. Die SPD will die Machtübernahme Hitlers verhindern mit Hilfe Hindenburgs, durch Fortsetzung ihrer Koalitions- und Tolerierungs-

politik. Die KPD will Hitler schlagen, indem sie „erst Braun-Severing“ schlägt.

Das alles bewirkt, daß die Hitler und Brüning im Trüben fischen können, daß nicht die Probleme der wirklichen Klassengegensätze, der wirklichen Klassenscheidung, sondern die leere Phrase im Mittelpunkt der Wahlkämpfe stehen. Nicht die Auseinandersetzungen über die heute elementaren Fragen: Wie steht Du zum Lohnabbau, zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, zur Verteidigung oder dem Sturz des kapitalistischen Systems? steht in den Wählerversammlungen zur Diskussion. Nicht die Überlegenheit, nicht die Vernunft, nicht die sachlich grundsätzliche Diskussion, sondern die „Kundgebung“, der große Massenaufmarsch mit Pauken und Trompeten, das quadratmetergroße Plakat, die Massenflut von Millionen Flugblättern und damit die größte Wahlklasse beherrscht das Feld. In dieser Atmosphäre ist der größte Demagoge Trumpf. Noch zu keiner Zeit konnte so bedenkenlos in der Wahlbewegung gelogen werden wie heute. Man kann einen Hitler tausendmal nachweisen, daß er dort eine Hetzrede gegen die „faulen Arbeitslosen“ gehalten und hier den Arbeitslosen goldene Berge versprochen hat. Das alles schadet heute einem „großen Führer“ nicht das mindeste. Die Massenpsychose allein entscheidet.

Gegen diese Massenverwirrung, gegen diese grandiose Demagogie und gegen die über Millionen verfügbaren Wahlklassen der großen Parteien kämpft die SAP unter unerhörten schweren Bedingungen. Sie kann und will nicht die Konkurrenz aufnehmen mit dieser Phrasenpolitik. Sie weiß aber, daß alle Kräfte eingesetzt werden müssen, um den Nebel, in den die Massen eingehüllt werden, zu zer-

rennen. Sie weiß, daß die eindeutige und klare Klassenfront aufgezeigt werden muß, wenn ein erfolgreicher Klassenkampf des Proletariats ermöglicht werden soll.

Es mag vermessend klingen, für eine so junge und noch kleine Partei wie die SAP, aber es ist so: Die SAP ist heute die einzige Partei, die nicht mit leeren Schlagworten und massenverwirrenden Phrasen arbeitet, sondern die klaren Klassenfronten aufzeigt. Die SAP ist heute die einzige Kraft, die dafür kämpft, daß nicht mehr die Parteibürokratie, sondern das gemeinsame proletarische Klasseninteresse die Politik des Proletariats bestimmt. Sie ist es, die alles tut, um die Spaltung zu überwinden und kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter zusammen in eine Klassenfront zu bringen.

Wir wissen, unser Kampf ist unendlich schwer, und es gibt Millionen von Arbeitern, die uns noch nicht einmal hören, geschweige denn verstehen und unterstützen. Trotzdem tragen wir die Sicherheit unseres künftigen Sieges in der Brust. Wir wissen, es gibt keinen anderen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse, zu ihrem Sieg über Kapitalismus und Faschismus als den, den die SAP in ihrer programmatischen Prinzipienklärung, im Aktionsprogramm und ihrem Wahlauftrag aufgezeigt hat. Es gibt keinen anderen Weg zur siegreichen proletarischen Revolution als den der Herstellung der einheitlichen proletarischen Klassenfront. Wir wissen, daß für die erdrückende Mehrheit aller Wähler nach dem 24. April die große Enttäuschung kommt. Deshalb richten wir heute am Wahltag stärker denn je an alle Proletarier die Mahnung: Helft mit der SAP klare Klassenfronten zu schaffen!

Genf will französische Wahlen abwarten

Von unterrichteter Seite wird übereinstimmend festgestellt, daß die bisherigen Besprechungen sich nur in ganz allgemeinem Rahmen gehalten haben. Die zahlreichen Besprechungen der Staatsmänner haben allgemein den Eindruck hinterlassen, daß in allen internationalen Fragen heute noch völlige Unsicherheit und Unklarheit besteht, die zum Teil durch die französischen Kammerwahlen, zum Teil durch die noch ungeklärte Haltung der englischen Regierung bedingt sind. Man erwartet daher, daß vor den französischen Kammerwahlen die Verhandlungen nicht in ein neues entscheidendes Stadium eintreten werden. Ein offizieller Beschluß über den Zusammentritt der Lausener Konferenz am 16. Juni ist noch nicht gefaßt worden, jedoch kann mit dem Zusammentritt der Konferenz zu diesem Termin gerechnet werden. Auf deutscher Seite ist verlangt worden, daß die Konferenz so schnell wie möglich und unter allen Umständen vor dem 1. Juli zusammentritt, während die französische Regierung erklärt hat, einen Termin vor dem 14. Juni nicht annehmen zu können. Eine Einigung über die Wahl des Präsidenten der Konferenz ist amtlich nicht zustande gekommen, obwohl in internationalen Kreisen allgemein der frühere belgische Ministerpräsident Theunis genannt wird.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz, das ursprünglich heute vormittag zusammentreten sollte, hat seine Sitzung auf Montag verschoben. Den fran-

zösischen Wünschen auf Verschiebung der Verhandlungen des Hauptausschusses bis nach den französischen Kammerwahlen wird man in der Weise Rechnung tragen, daß in den nächsten 14 Tagen das Schwergewicht der Arbeiten auf die Verhandlungen der technischen Ausschüsse gelegt wird, die sich mit der Begriffsbestimmung der Angriffswaffen befassen sollen. Es besteht der Eindruck, daß zwischen den maßgebenden Mächten eine Art Burgfrieden abgeschlossen worden ist, über die großen Streitfragen der Gleichberechtigung und den französischen Vorschlag der internationalen Streitmacht erst nach den französischen Kammerwahlen zu verhandeln.

Brüning zur Wahl abgereist

Reichskanzler Brüning und Staatssekretär von Bülow sind heute vormittag um 11 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Baseler Schnellzug abgereist. Von deutscher Seite wird jede Mitteilung über den Ort, an dem der Reichskanzler wählen wird, abgelehnt. Ebenso werden keine Auskünfte über das vorgesehene Zusammentreffen des Reichskanzlers mit dem Reichsinnenminister Groener gemacht. Der Reichskanzler hält an seiner Absicht fest, am Sonntagabend wieder in Genf einzutreffen, da Mitte der Woche nach der Rückkehr Tardieu die Besprechungen wieder aufgenommen werden sollen.

Auch in Oesterreich wird gewählt

Am Sonntag, dem 24. April, finden in drei österreichischen Bundesländern, Wien, Niederösterreich und Salzburg, gleichfalls Landtagswahlen statt. In Kärnten sind ferner Gemeindevahlen ausgeschrieben. Die Einwohnerzahl der Bundesländer, in denen die Wahlen stattfinden, macht etwa die Hälfte der Bevölkerung Oesterreichs aus, so daß diese Wahlen geeignet sind, die Parteiverschiebungen anzuzeigen, die seit den letzten Nationalratswahlen 1930 vor sich gegangen sind. Zu beachten ist, daß der Wiener Gemeinderat, der zugleich Landtag ist, eine große sozialdemokratische Mehrheit hatte, während Niederösterreich und Salzburg von christlich-sozialen Mehrheiten regiert werden.

Im Jahre 1927 kandidierten Christlich-Soziale und Großdeutsche auf einer Einheitsliste, während der Landbund getrennt vorging. 1930 waren die Christlich-Sozialen mit einem Teil der Heimatwehr selbständig, während Landbund und Großdeutsche mit Splittergruppen im Schoberblock zusammengingen. In der nachstehenden Aufstellung sind unter Einheitsliste die Stimmziffern der Christlich-Sozialen, der Großdeutschen und des Landbundes zusammengezählt, um die Ergebnisse vergleichbar zu machen.

In Wien erhielten:		
	1927	1930
Sozialdemokraten	693 621	703 718
Einheitsliste	423 615	407 388
Nationalsozialisten	7 248	27 457
Kommunisten	7 521	10 626

Der Wiener Gemeinderat (Landtag) setzte sich zusammen aus 78 Sozialdemokraten und 42 Vertretern der Einheitsliste.

In Niederösterreich erhielten:		
	1927	1930
Sozialdemokraten	308 552	291 167
Einheitsliste	474 972	430 971
Nationalsozialisten	8 620	34 307
Kommunisten	3 271	4 122

Der niederösterreichische Landtag setzte sich zusammen aus 39 Vertretern der Einheitsliste und 21 Sozialdemokraten.

In Salzburg erhielten:		
	1927	1930
Sozialdemokraten	38 053	36 919
Einheitsliste	72 800	65 752
Nationalsozialisten	564	4 597
Kommunisten	326	755

Der Salzburger Landtag setzte sich zusammen aus 9 Sozialdemokraten, 13 Christlich-Sozialen, 2 Großdeutschen, 1 Landbundesvertreter und 1 Nationalsozialisten.

Verheißungsvolle Wahl- kundgebung in Breslau

In Breslau fand zum Abschluß des Wahlkampfes eine Versammlung statt, die den großen Saal des Schießwerders füllte. 2000 Personen folgten den Ausführungen des Genossen Rosenfeld mit größtem Interesse und starkem Beifall.

Als kommunistischer Diskussionsredner trat der neue Breslauer Bezirkssekretär der KPD, S a n t n e r, auf, der aber nicht den geringsten Eindruck machte, und schließlich abtrat, ohne daß sich auch nur eine Hand zum Beifall rührte.

Starken Eindruck machte der eben erst von der KPD zu uns übergetretene Genosse August Reimann, der frühere Bezirkssekretär der KPD, der die Ausführungen des jetzigen Bezirkssekretärs der KPD um so besser widerlegen konnte, als ihm die internen Verhältnisse in der KPD auf das genaueste bekannt waren.

Die stimmungsvoll verlaufene Versammlung läßt einen guten Wahlausfall in Breslau erwarten.

„Mangels Beweises“ freigesprochen

Das Schöffengericht Berlin-Mitte, das seit sechs Wochen gegen den Russen Uralzoff und den Dresdener Rechtsanwalt und Notar Dr. Türk wegen der Russengeschäfte der Raiffeisenbank verhandelte, fällt am Sonntagvormittag das Urteil. Uralzoff und Rechtsanwalt Dr. Türk wurden mangels Beweises von der Anklage des vollendeten und versuchten Betruges, der schweren Urkundenfälschung und der Untreue auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Begrüßung m.t dem Henkerbeil

TU. Mukden, 23. April 1932

Die mandchurische Regierung hat die Verhaftung und Hinrichtung Dr. Wellington Koo's und der andern chinesischen Begleiter des Mandchureiausschusses des Völkerbundes angeordnet, falls diese die Eisenbahnzone der Südmandschurischen Eisenbahn verlassen und das mandchurische Hoheitsgebiet betreten. Diese würden sich in einem solchen Fall der Verletzung der Hoheitsrechte der Mandchurei und damit der Friedens- und der Ruhestörung schuldig machen.

Tokio, 23. April 1932

Der japanische Kriegsminister General Araki hielt in Osaka eine Rede, in der u. a. erklärte: Nichts, was der Völkerbund, Rußland oder sonst irgend jemand tun möge, könne Japan von seinem Kurs abhalten. Die Lage in der Nordmandchurei sei äußerst bedrohlich. Rußland ziehe längs der Grenzen Truppen zusammen und verstärke seine Luftstreitmacht im Fernen Osten. Japan werde jeder Anwendung des Neumächte-Abkommens auf die mandchurische Lage aufs schärfste Widerstand leisten. Es sei Japans Aufgabe, die Mandchurei zu einem Paradies auf Erden zu machen (!), in dem sicherer Platz für jeden sei.

Meinungsfreiheit in SPD-Betrieben

Wenn die SPD die Erfolge ihres jahrzehntelangen Kampfes aus der Zeit, da sie noch als Partei des Sozialismus galt, aufzählt, verweist sie mit Stolz immer wieder darauf, daß sie den Arbeitern die politische Freiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung gebracht habe. Aber wie in den meisten anderen Fällen, scheint die Entwicklung auch hier der SPD einen Streich gespielt zu haben.

Die Tatsache daß die SAP entstand und unter der Arbeiterschaft, die in den Betrieben der SPD beschäftigt ist, die politische Diskussion in Gang kam, war der SPD-Führung sehr unangenehm. Als nun gar im Berliner „Vorwärts“-Haus nach der Gründung der SAP die „Fackel“ vertrieben wurde, mußte praktisch gezeigt werden, wie es mit der Meinungsfreiheit bestellt ist.

Ein Genosse hat im „Vorwärts“-Betriebe die „Fackel“ vertrieben. Der Betriebsratsvorsitzende verwarnete den Kollegen, worauf dieser den Vertrieb einstellte. Trotzdem glaubte ein eifriger SPD-Mann daß er etwas gegen unseren Genossen unternehmen müsse, und meldete die Sache der Geschäftsleitung, die dann auch nichts Eiligeres zu tun hatte, als die fristlose Entlassung auszusprechen.

Der Genosse legte Einspruch ein, der vom Betriebsrat anerkannt wurde. Gegenüber dem Einspruch des Betriebsrates gegen die Entlassung beharrte die Geschäftsleitung auf ihrem Standpunkt. Auch die zu den Verhandlungen hinzugezogenen Organisationsvertreter konnten der Geschäftsleitung nicht klarmachen, daß sie ein ganz unerhörtes Verfahren gewählt habe, die Sache zu bereinigen, ein Verfahren, das die gesamte freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe schädigen muß, da ein Großteil der Buchdrucker in sogenannten Tendenzbetrieben beschäftigt ist. Die Gewerkschaftsführer, diese Gefahr erkennend, setzten sich schließlich mit dem Parteivorstand der SPD in Verbindung, um über ihn Einfluß auf die Geschäftsleitung im „Vorwärts“ zu nehmen. Das Ergebnis der Verhandlungen mit Otto Wels und Hans Vogel war, daß der Parteivorstand der Geschäftsleitung empfahl, die Entlassung, wenn es ginge, zurückzunehmen, mit der Bedingung, daß in die Arbeitsordnung ein Passus aufgenommen würde, der jede politische Tätigkeit, die sich gegen die SPD wendet, unterbindet.

Dieser Passus für die Arbeitsordnung wurde nun von der Geschäftsleitung des sozialdemokratischen Betriebes dahingehend formuliert, daß den im Betriebe beschäftigten Personen jede politische Tätigkeit, die sich gegen die SPD, gegen die Tendenz des Betriebes oder gegen die Gewerkschaften richtet, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Betriebes verboten sei. Verstoß gegen diesen Passus sollte die Geschäftsleitung zur fristlosen Entlassung des Betroffenen berechtigen.

Ganz abgesehen davon, daß diese Forderung im krassen Gegensatz zur Weimarer Verfassung — die man mit allen Mitteln der Tolerierungspolitik angeblich erhalten will — steht, scheint man den ganz richtigen Gedanken gehabt zu haben, daß der Genosse außerhalb des Betriebes seine politische Betätigung nicht einstellen werde. Dadurch hätte dann die Geschäftsleitung einen neuen Entlassungsgrund gegen diesen Genossen in der Hand gehabt. Es wäre zweierlei erreicht worden: einmal wäre von vornherein die Möglichkeit gegeben, alle politisch mißliebigen Elemente loszuwerden, zum anderen konnte der Genosse, vor dem nun die Geschäftsleitung zunächst zurückweichen mußte, doch noch entlassen werden.

Daß aber dadurch, daß ein Arbeiterbetrieb als erster eine so rigorose Betriebspolitik anwendet, auch die Unternehmer auf den Geschmack kämen, nun mit Hinweis auf das von der Arbeiterschaft gegebene Beispiel die langgewünschte restlose Knebelung der Arbeiterschaft durchzuführen, das braucht eine sozialdemokratische Geschäftsleitung nicht zu kümmern. Ihr genügt es, wenn sie in dem eigenen Betrieb Kirchhofsruhe verbreitet, über der sie als selbstherrlicher Geist Gottes schweben kann.

Durch den Widerstand des Betriebsrates wurde erreicht, daß „nur“ die politische Betätigung innerhalb des Betriebes mit Entlassung bestraft wird. Die Einreden des Betriebsrates, daß auch bei dieser Fassung des Nachtrags zur Arbeitsordnung nicht der gedachte Zweck erreicht werden würde, sondern nunmehr der Bespitzelung der einzelnen, dem unter der Oberfläche sich abspielenden kleintlichen und gehässigen Kampf Tür und Tor geöffnet seien, stießen bei der Geschäftsleitung auf Unverständnis.

Am 10. Dezember 1931 trat folgender

Nachtrag zur Arbeitsordnung der „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. in Kraft

„Politische Betätigung, die sich gegen die Tendenz des Betriebes und deren Besitzerin, die SPD, sowie gegen die freien Gewerkschaften richtet, ist den Beschäftigten innerhalb des Betriebes nicht gestattet. Zuwiderhandlungen berechtigen die Geschäftsleitung zur fristlosen Aufhebung des Arbeits- bzw. Anstellungsverhältnisses.“

Daß dies alles der SAP keinen Abbruch getan hat, ist selbstverständlich, es hat sich im Gegenteil herausgestellt, daß die SPD-Bürokratie mit solchen Aktionen Propaganda für die SAP getrieben hat.

Nun bleibt diese Maßnahme der „Vorwärts“-Geschäftsleitung aber nicht auf den „Vorwärts“-Betrieb beschränkt. Die Leitung der „Konzentration“, der Dachgesellschaft der SPD-Betriebe, empfiehlt vielmehr allen ihr angeschlossenen Betrieben, dieselbe Maßnahme durchzuführen. Das bedeutet, daß ungefähr 6000 beschäftigte Personen von der SPD einen Maulkorb umgebunden bekommen, 6000 Arbeiter und Angestellte unter Zwang gesetzt

und mit Stockschlägen auf den Magen bedacht werden.

Wenn in kapitalistischen Betrieben bei der Agitation ein sogenannter „Betriebsunfall“ passiert, so ist man auch in der SPD über die Ungerechtigkeit, mit der die überzeugungstreuen Arbeiter behandelt werden, empört. In diesem Fall weiß man ganz genau, daß die Entlassung von Arbeitern, die politische Agitation getrieben haben, ein politischer Akt des Klassengegners ist. Die herrschende Klasse wendet eben ihre Macht an. Das ist von der Arbeiterklasse niemals als Recht anerkannt worden, auch von den sozialdemokratischen Arbeitern nicht. Es war, vom Klassenstandpunkt gesehen, die Anwendung der wirtschaftlichen Macht der herrschenden Klasse gegen einen Angehörigen der unterdrückten Klasse, somit gegen diese Klasse selbst, die in solchen Fällen Solidarität übte.

Die Sozialdemokratische Partei nennt sich Arbeiterpartei und gibt vor, Arbeiterinteressen zu vertreten. Bei festlichen Anlässen nennt sie sich sogar Partei der unterdrückten Klasse, des Proletariats. Die SAP setzt sich aus Angehörigen eben dieser Klasse zusammen. Gegen die Mitglieder der SAP, die in den SPD-Betrieben beschäftigt sind, richtet sich der Nachtrag der Arbeitsordnung, in dem auch zu

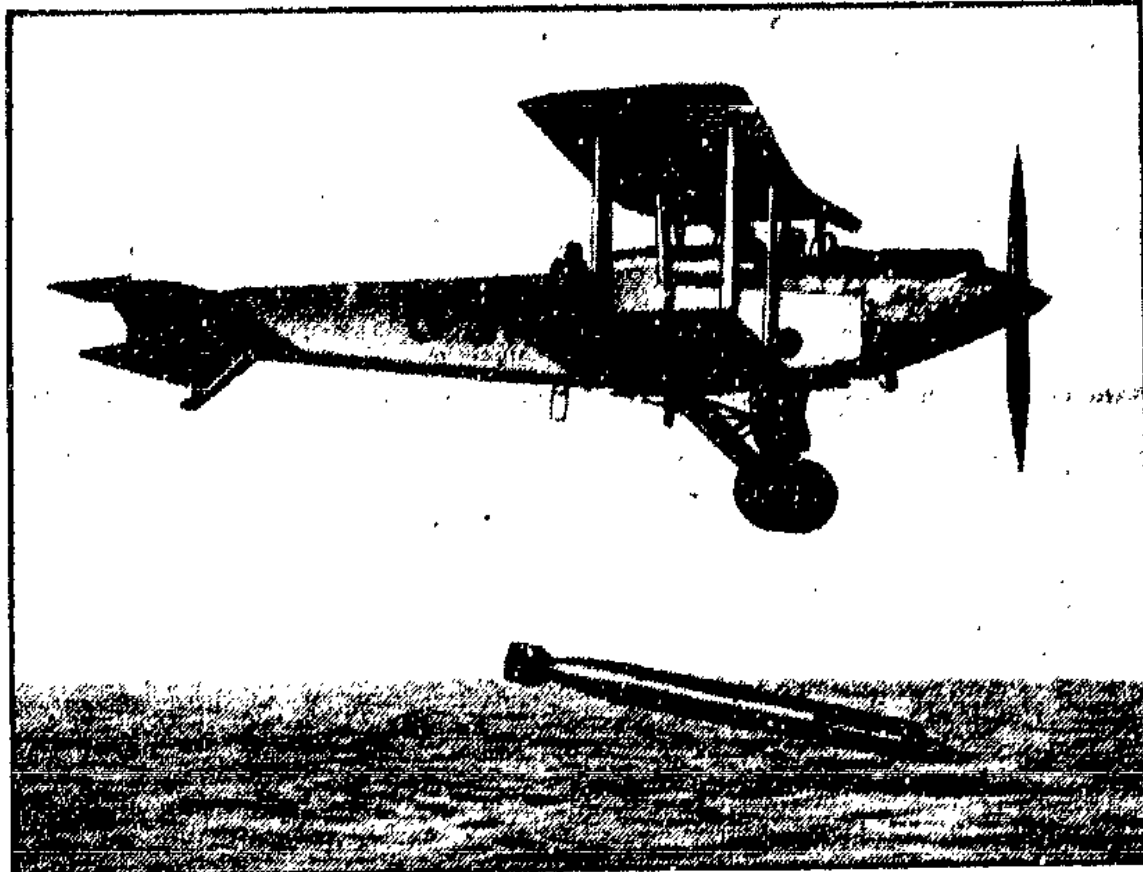
Unrecht der Vorwurf der politischen Betätigung gegen die Gewerkschaften gemacht wird.

Mit der Anwendung der uraltesten Methoden des Kapitalismus gegen Angehörige der proletarischen Klasse verwickeln die SPD-Führer das Recht, sich Arbeiterführer zu nennen. Mit der Anwendung ihrer wirtschaftlichen Macht gegen solche Arbeiter, die die Rolle der SPD-Führer im Klassenkampf aufzeigen, gestehen diese Führer ihren geistigen Bankrott. Sie, die die Klassendiktatur der Grooener-Brüning bis zur Selbstaufgabe der Arbeiterschaft zu tolerieren anraten, können nicht die Toleranz gegenüber der anderen Meinung der Klassen-genossen aufbringen.

Die SPD-Arbeiterschaft wird sich auch mit dieser Seite der Anpassung ihrer Führer und eines Teils der Mitglieder an die kapitalistischen Methoden befassen müssen. Sie wird erkennen müssen, daß es sich hier um ein Symptom der Entwicklung der SPD handelt, die im wesentlichen ihren Frieden mit der herrschenden Klasse geschlossen und sich mit dem Bestehen des Kapitalismus abgefunden hat.

Auch hier ist ein Ansatzpunkt, an dem die Arbeiterschaft zu prüfen hat, inwieweit die SPD überhaupt noch eine Arbeiterpartei ist.

Der Fortschritt triumphiert



Wenn es darum geht, die Einrichtungen zur Vernichtung von Menschenleben zu vervollkommen, die für den Kriegsbedarf ausgeklügelt worden sind, dann feiert der Erfindergeist noch immer Triumphe. Jetzt hat die englische Luftflotte eine Serie von Bombenflugzeugen in Dienst gestellt. Es ist dadurch möglich geworden, daß ein großes Kriegsschiff durch ein einziges Flugzeug in die Luft gesprengt wird, auch der berühmte Panzerkreuzer A, der mit freundlicher Unterstützung der SPD vom deutschen Militarismus zur Welt gebracht worden ist. Es gilt nun also, ein Ueber-Torpedo-Flugzeug zu konstruieren. Erfinder war die Front!

Erste Fahrt des Sowjetluftschiffes

Moskau (über Kowno), 23. April

Einer TAS-Meldung aus Leningrad zufolge sind in dem dortigen Flughafen die Vorbereitungen für den Start des ersten Sowjetluftschiffes nach Moskau im vollen Gang. Das Luftschiff wird am Sonntag aufsteigen. Für die Fahrt nach Moskau ist eine Zeit von acht bis neun Stunden vorgesehen mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von etwa 80 Kilometern in der Stunde.

Der Krieg ist noch nicht zu Ende

Brüssel, 23. April 1932

In Langemarck wurden vier auf dem Felde arbeitende Arbeiter durch die Explosion einer Granate getötet, die sich noch vom Kriege her im Boden befand.

Großfeuer in New York

New York, 23. April 1932

Im Osten New Yorks brach in der Nacht zum Sonnabend ein Brand aus, der sich rasch zu einem Großfeuer entwickelte. Das Feuer nahm bald einen so großen Umfang an, daß trotz der Bemühungen mehrerer Feuerwehren

zwei Fabriken und drei Wohnhäuser vollkommen vernichtet wurden. 120 Familien sind obdachlos geworden. Eine große Anzahl Menschen erlitt Brandwunden. Allein zehn Feuerwehrleute mußten mit zum Teil erheblichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

Zyklon auf der Halbinsel Yucatan

New York, 23. April 1932

Wie aus Merida (Yucatan) gemeldet wird, wütete am Freitag auf der Halbinsel ein Zyklon, der rund 200 Häuser völlig zerstörte und Telegraphen- und Telefonleitungen niederlegte. Die Eisenbahnstation Tekax wurde von dem Zyklon buchstäblich fortgetragen. Außer der Stadt Tekax haben noch drei weitere Ortschaften außerordentlich stark gelitten. Ein schwerer Hagel begleitete den Zyklon.

Raubüberfall auf Marsellier Postamt

Paris, 22. April 1932

Ein Raubüberfall, bei dem drei Kriminalbeamte den Tod fanden, spielte sich am Donnerstag in den Abendstunden in einem Postamt in Marseille ab. Die Kriminalpolizei war schon seit längerer Zeit darauf aufmerk-

sam gemacht worden, daß eine Gruppe von Banditen einen Raubüberfall auf ein Postbüro plante. Seither hatte man in entlegeneren Postbüros Ueberwachungsbeamte entsandt. Am Donnerstag abend gegen 6 Uhr erschienen kurz nach Schalterschluß vier Banditen in einem Postamt im Osten der Stadt. Die einzige Postbeamtin, die sich noch im Schalterraum befand, schlug Lärm. Kaum hatten die drei dort untergebrachten Kriminalbeamten den Postabfertigungssaal betreten, als sie von einem wahren Kugelregen empfangen wurden. Alle drei sanken schwer getroffen zu Boden. Die Banditen flohen, mußten aber einen der ihren ebenfalls verwundet zurücklassen. Die drei schwer verletzten Kriminalbeamten erlagen im Krankenhaus ihren Verletzungen.

Raubüberfall auf einen Bankboten

Altona, 23. April 1932

Am Freitag kurz nach 13 Uhr wurde ein Bote der Westholsteinischen Bank, der Geld zur Reichsbank zu bringen hatte, überfallen und beraubt. Er trug fünf Beutel mit insgesamt 5500 Mark in Silber bei sich. Als der Bote vom Fischmarkt die Treppe zur Breiten Straße hinaufging, wurde er plötzlich von einem Mann von hinten umschlungen und zu Boden geworfen. Beide Männer stürzten die Treppe hinunter. Ein anderer Räuber nahm die Geldbeutel an sich, worauf beide Täter in einem Kraftwagen in Richtung Hamburg flüchteten. In Hamburg verließen die Täter das Auto. In der Eile hatten sie jedoch einen Geldbeutel mit 1000 Mark Inhalt liegen lassen, der der Polizei übergeben wurde.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin: Montag, 25. April, 19 Uhr, engere BL-Sitzung im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34. — Groß-Berliner Funktionärsitzung in Vogels Festsälen, Brückenstraße 2, Dienstag, 26. April, 19.30 Uhr. Erscheinen müssen auch alle Betriebs-, Gewerkschafts- und Funktionäre von Massenorganisationen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Alle Ortsgruppenkassierer holen sofort die Eintrittskarten zur Mailfeier ab. — Alle Ortsgruppenkassierer müssen Montag, 25. 4., 14-19 Uhr, im Sekretariat zur Abrechnung erscheinen. Sofern Sammelstellen noch nicht zurückgegeben wurden, sind Vorauszahlungen zu leisten. Ortsgruppe Wilmersdorf: Zentralwahllokal Miethe, Holsteinsche Straße 17. Treffpunkt 9 Uhr früh. Ortsgruppe Wedding: Die Genossen des Zahlens des Dietrich holen Plakate für die Wahllokale im Lokal Buttmanstraße 5 ab. Freigewerkschaftliche Opposition Graphik: Monatsversammlung Dienstag, 26. April, 19½ Uhr, im Lokal „Mohren“, Jerusalem Str. 9. Beisetzungs des Genossen Schmidt Mittwoch, 27. April, 17½ Uhr, Krematorium N 65, Gerichtstr. 37.

SJV

Heute, Sonntag, 24. April, alle Genosse zur Wahlarbeit!

UB Necköll: Alle Genossen 7 Uhr bei Schenk, Rosenstraße 24. 19 Uhr alle Genossen zum Heimsbeod Steinmetzstraße 114. Schönhauser Viertel „Paul Levi“: 6.30 Uhr Göhrener Str. Montag, 25. April, 19.30 Uhr:

Grünau-Falkenberg: Sportabend.

Köpenick: Tagespolitik.

Mitte-Nord: Gewerkschaften und wir.

Mitte-Süd: Tagespolitik.

Mosbit: Tagespolitik.

Neukölln: Arbeitsgemeinschaft (Herzbergerschule).

Mitteilungen der B.L.:

Sonntag, 24. April, 18 Uhr, Prenzlauer Allee 34, Wahlergebnisse durch Radio. Instrumente sind mitzubringen. Referatenschule: Alle Genossen und Genossinnen Montag, 25. April, 20 Uhr, erscheinen. Stellungsname zum Wahlergebnis. Älteren- und Jüngerenarbeit. Anschluß wegen Spitzarbeit für den KJV: Siegfried Szepaneky Berlin S. Nostizstraße 60; Heinz Bariel, Berlin N 65, Wiesenstr. 11.

Beamten und Landtagswahl

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:

Dem neuen preußischen Landtag ein neues Gesicht zu geben ist nicht nur Aufgabe der Arbeiter, Angestellten, sondern auch der Beamten. Gerade jetzt, wo es gilt den Faschismus auf das schärfste zu bekämpfen, wo es gilt, eine faschistische Diktatur der Harzburger Front, des Nationalismus zu verhindern, hat sich der Beamte einzureihen in die Front derer, die diesen Elementen auf das schärfste entgegentreten. Weder die SPD, die 14 Jahre in der Regierung gesessen hat, noch die KPD hat es verstanden, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Unter den SPD-Reichstagsabgeordneten gibt es sogar nicht wenige, die es nicht einmal für nötig halten, Mitglied eines freigewerkschaftlichen Beamtenverbandes zu sein, sondern sie vertreten die Interessen der Beamten in einem Verband, in dem die Nazis, Zentrum, Deutschnationale, Volksparteier und wie sie alle heißen mögen, im Vorstand sitzen. Und das ist der reaktionärste Verband im Deutschen Beamten-Bund. Dieser Verband brachte es — ein Beweis seiner faschistischen Zersetzung — nicht einmal fertig, bei der Reichspräsidentenwahl, einen Aufruf für Hindenburg herauszubringen. Wir nennen nur einige Abgeordnete, die diesem Verband angehören: Da steht an der Spitze der ehemalige ultralinke frühere sächsische Landtagsabgeordnete Bezirkschulrat Arthur Arzt, Dresden. Ihm folgen Lehrer Louis Bießer, Volksschullehrerin Antonie Pfülf, Lehrer Hermann Tempel und Oberpostsekretär Max Seppel. Natürlich dürfen die Kommunisten nicht fehlen. Von ihnen ist der bekannte Reichstagsabgeordnete Lehrer Ernst Schneller Mitglied dieses Verbandes.

Was haben die Nationalsozialisten für die Beamten übrig? Ein ehemaliger Lehrer Körber, Beamtenführer der NSDAP, äußerte am 26. September 1930 in Hamburg folgendes:

„Die Beamten haben sich auf ihren Bierarsch zu setzen und das Maul zu halten.“

Der Abgeordnete Dr. Goebbels soll einmal über Polizeibeamte gesagt haben, als er vergeblich um Freilassung einiger SA-Jünglinge bat: „Ihr marxistischen Hunde kommt alle einmal dran“ (wahrscheinlich mit Köpfe rollen). Der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ vom 18. Juni 1931 hat Äußerungen veröffentlicht, die der Nazi-Führer Hauptmann Göring über das Beamtentum gemacht hat:

„Wir haben heute als das ärmste Land des Kontinents laut statistischer Erhebung dreimal soviel Beamte zu ernähren wie vor dem Kriege, und die Kosten sind fast vier- bis fünfmal so hoch. Wer hier in letzter Stunde Rettung bringen will, kann nur durch Gewalttaten eingreifen. Unser fester Entschluß zur Rettung des deutschen Beamtentums ist der: Wir werden nach Eroberung der Macht sofort mit brutalster Energie diesem Zustand ein Ende machen... Der nationalsozialistische Arbeiterstaat zählt diesen Hinausgeworfenen keinen Pfennig Pension, und er weiß schon jetzt, daß er damit die Genugtuung des ganzen Volkes und des ehrlichen deutschen Berufsbeamtentums im besonderen erzielen wird.“

Die Nazi pfeifen also auf die Rechte der Beamten! Der Nazihauptling führt unter Hinweis darauf, daß die Entlassenen das Urteil des Reichsgerichts anrufen könnten, dann fort:

„Unser Staat (wahrscheinlich meint er das Dritte Reich) pfeift auf derartige Entscheidungen eines römisch-jüdischen-formalistischen Rechtssystems, das niemals dem deutschen Wesen entsprochen hat. Uns wird nur das gesunde deutsche Rechtsempfinden oberstes Gesetz sein, das da lautet: Was dem Volke nützt, ist gut, was ihm schadet, gilt als Verbrechen.“

In einer Studentenversammlung in Freiburg erklärte der Naziabgeordnete von dem Kneesebeck:

„Wenn das Beamtentum an unserer Freiheitsbewegung nicht mitkämpft, hat es auch später kein Recht, von der erkämpften Freiheit zu leben. Das Berufsbeamtentum kann dann nicht kommen und sagen, das sind wohl-erworbene Rechte. Wir erkennen wohl-erworbene Rechte der Beamten nicht an. Wir werden auch die Pensionen abschaffen. Wenn der Beamte nach Vollendung des 65. Lebensjahres vom Dienst ausscheiden muß, wird ihm ein Stück Land zugewiesen. Dort kann er sich weiter betätigen, denn wenn der Beamte müßig ist, legt er sich hin und stirbt.“

Das ist nur eine kleine Auslese von einigen Führern der NSDAP, die man nach Belieben ergänzen kann.

Während der 14 Jahre Koalitionspolitik der SPD haben die Sozialdemokraten Braun, Grimm und Severing völlig darauf verzichtet, eine sozialistische Verwaltungs- und Personalpolitik zu betreiben. Nicht einmal die konservativen Landräte usw. wurden beseitigt. Man baute wohl die Junglehrer ab, aber diese Herren, die heute die Republik beschimpfen und beschmutzen, durften in ihrem Amt verbleiben. U. a. konnte bis zum Jahre 1930/31

der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete von dem Kneesebeck als preußischer Regierungsrat im Amte bleiben. Nach einer Mitteilung des Ministerpräsidenten Braun ist es der Sozialdemokratie gelungen, folgende politischen Beamtenstellen in Preußen mit angeblichen SPD-Genossen zu besetzen:

Unter den 12 Oberpräsidenten gibt es nur 4 SPD, worunter Noske, unter 34 Regierungspräsidenten nur 8 SPD, unter den 43 Polizeipräsidenten nur 23 SPD, und unter 400 Landräten nur 65 SPD-Mitglieder.

Bei der erregten Stimmung, die infolge der rigorosen Gehaltskürzung durch die Notverordnung und all die anderen sich gegen die Beamten richtenden Maßnahmen gegenwärtig herrscht, ist es schwer, die Beamten für den Sozialismus zu gewinnen, weil die SPD zum großen Teil mit an den Zuständen schuld ist. Eine Besserung kann nur eintreten, wenn die halbfaschistischen Regierungen gestürzt werden und an ihre Stellen

die Arbeiterregierungen treten.

Deshalb keine Stimme den Nationalsozialisten, keine Stimme den Kommunisten, keine Stimme den Nachläufern der Brüning- und Groenerpolitik, den Sozialdemokraten.

Nur die Sozialistische Arbeiter-Partei ruft zum Kampf auf, zum Kampf für eine Arbeiterregierung, die sich zutun muß auf die außerparlamentarischen Klassenorgane des Proletariats.

Beamter, auch du fällt unter die Parole:

„Prolet greif zu!“

Auch du mußt dich einreihen in die Sozialistische Arbeiter-Partei! Deshalb wählt nur die

Liste 18

Prolet greif zu — wähl' Liste 18

Willst du nicht Hitler an der Macht sehn

Partei im Wahlkampf

Potsdam

Ueber das Thema: „Unser Kampf für den Sozialismus“ sprach Genosse Meschkat-Premnitz. In der Debatte bewies ein an sich gutwilliger und ehrlicher Kommunist, welche heillose Verwirrung die Parolen der KPD anrichten. Genosse Meschkat illustrierte an vielen Beispielen aus seinem Wirkungskreis die Unfähigkeit der KP-Bürokratie, Massen zu aktivieren und die Einheitsfront zu schaffen.

Caputh

Die Ortsgruppe Nowawes-Potsdam unserer Partei veranstaltete eine Wählerversammlung in Caputh, die gut besucht war. Genosse Dr. Mielcke sprach über das Thema: „Unser Kampf für den Sozialismus“. In der Diskussion sprach ein am parlamentarischen Kretinismus unheilbar Erkrankter, der die Regierung Müller-Severing für die Diktatur des Proletariats (!) ausgab und den Sozialismus durch Stimmenmehrheit im Parlament „erkämpfen“ will. Wir hoffen, nach der Wahl durch Fortsetzung unserer Werbung zur Gründung einer Gruppe schreiten zu können.

Bezirk Weser-Ems

Im Osnabrücker Unterbezirk wurden 14 Wählerversammlungen durchgeführt. Gleich nach Eröffnung des Wahlkampfes wurde im Anschluß an die Seydewitz-Versammlung die Ortsgruppe Bramsche gegründet. 15 Arbeiter traten sofort der SAP bei. In der Osnabrücker Umgebung sprach Genosse Ehlers-Bremen in mehreren Versammlungen der SAP.

Unsere Oldenburger Genossen haben Dutzende von Versammlungen in Ostfriesland durchgeführt. Auch in den SPD-Versammlungen stellten sich unsere Genossen Fritsch-Oldenburg und Busch-Bremen zur Diskussion.

Auch bei den Ostfriesen gewinnen wir an Sympathie. In Oldersum ist der Vorsitzende der KP-Ortsgruppe zur SAP übergetreten.

An der Unterweser leistet unsere junge Gruppe schwere Arbeit. Am Freitag wurde in Einswarden eine Ortsgruppe der SAP gegründet. Auch werden wir hier bald eine SJV-Gruppe haben. Zur Zeit besteht hier weder eine KJ- noch eine SAJ-Gruppe. In Lehe sprach in einer Versammlung Genosse Jacobsen-Berlin. Der Kommunist Salomon mußte trotz seiner Theatermätzchen erfolglos von dannen ziehen.

Die Bremer Schutzbund- und Parteigenossen sind Tag für Tag auf Agitation in den preußischen Orten. Otto Jacobsen-Berlin sprach am Montag vor

Das Muckertum wird mutig!

Dessau, 22. April 1932

Das Evangelische Presseamt teilt mit: In der Karwoche wurde im „Tivoli“ in Dessau von den „Roten Fanfaren“ eine Revue „Pfaffenpiegel“ aufgeführt. Da bei der Schaustellung schwere Gotteslästerungen und grobliche Beschimpfungen der Einrichtungen und Gebräuche der christlichen Kirche vorgekommen sind, hat der Evangelische Landeskirchenrat für Anhalt in Gemeinschaft mit der obersten anhaltischen Behörde der katholischen Kirche sich genötigt gesehen, bei der anhaltischen Staatsanwaltschaft gegen die Veranstalter, Leiter und Spieler des „Pfaffenpiegel“ Strafanzeige zu erstatten wegen Vergehens gegen § 166 des Strafgesetzbuches. Gleichzeitig enthielt die Aufführung zahlreiche schwere Beleidigungen der evangelischen und besonders der katholischen Geistlichen. Als vorgesetzte Dienstbehörden der anhaltischen Geistlichen beider Bekenntnisse haben die genannten Kirchenbehörden deshalb Strafantrag wegen Beleidigung der ihnen unterstellten Pfarrer bei der anhaltischen Staatsanwaltschaft gestellt.

Diese Aktion der anhaltischen Kirchenbehörden ist ganz offenkundig ein Teil der großen kulturelle Offensiv, die in der letzten Zeit mit verschärftem Tempo fortgesetzt wird. Die Regisseure auch dieser Aktion sitzen nämlich in Berlin. Dort hat eine gewisse Presse die Aufführungen der „Roten Fanfaren“, einer vorwiegend sozialdemokratischen Truppe zum Anlaß einer Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie gemacht. Das sind die Folgen der fortwährenden Nachgiebigkeit der Sozialdemokratie. Statt die Mucker zu beruhigen, hat sie diese noch überall ermutigt.

SPD-Propaganda der Gewerkschaftspressen

G. V. Bei den diesjährigen Landtagswahlen hat die in den Händen der reformistischen Bürokratie befindliche Gewerkschaftspressen den letzten Schein der von ihr sonst so gepriesenen „parteilichen Neutralität“ fallen gelassen. Sie macht im Feuilleton Wahlpropaganda für die SPD und vor allem für Braun-Severing. Was sie sich dabei aber an Kugelnstücke zur Begründung ihrer Haltung leistet, geht auf keine Kuhhaut. Den Vogel schießt der

„Freie Angestellte“.

das Organ des Zentralverbandes der Angestellten, ab, das trotz gelegentlicher Erkenntnisse zu den engstimmigsten und borniertesten aller Gewerkschaftszeitungen gehört. So heißt es dort:

„Die Wahlergebnisse des 13. März und 10. April zeigen bereits eine gewaltige geistige und seelische Umstellung der Massen gegenüber den Verzeiwahlwahlen vom September 1930. Die Illusion, als stände das Volk hinter Hitler, ist gründlich zerstört. (!) Auch der von ihm noch erreichte Stimmzuwachs kann nicht darin ändern, daß es mit der „Siegerpsychologie“ zu Ende geht. (!) Ein Diktator, der in zwei Wahlen nicht siegen kann, ist schon halb unterlegen. (!!)“

Was soll man zu einem leichtfertigen Geschwätz, das noch dazu von dem „linken“ Sozialdemokraten Aufhäuser stammt, sagen? Die Nazis haben ihre Stimmzahlen gegenüber den Wahlen von 1930, die ein gewaltiger Erfolg für sie waren, fast verdoppelt. 13,8 Millionen im ersten, 13,4 Millionen im zweiten Wahlgang für die Harzburger Front, zu der tatsächlich auch noch einige Millionen Hindenburg-Wähler zu zählen sind — und der „Freie Angestellte“ macht daraus eine Niederlage! Schade nur, daß die Arbeiterklasse nicht auch solche „Niederlagen“ erleidet!

Der „Freie Angestellte“ erklärt dann weiter, daß in Zukunft nur noch wenige große Parteien, Sozialdemokratie, Zentrum und Bayerische Volkspartei und Nationalsozialisten „über die Zukunft des Volkes bestimmen werden.“ Er sagt:

„Es gibt in diesem Endkampf nur eine echte Volkspartei, die mit der Eisernen Front zu einer gewaltigen Volksbewegung geworden ist: die Sozialdemokratie.“

Zu solchem rosarot gefärbten Optimismus erbringt sich jeder Kommentar. Wenn es aber weiter heißt: „Die Sozialisten in den Länderparlamenten haben die Republik mit sozialem Inhalt erfüllt,“ dann gehört angesichts der Notverordnungen, des Lohnabbaus, des Unterstützungsraubes, der Drosselung aller Ausgaben für Schule und Volksgeundheit schon eine eiserne Stirn dazu, um so etwas niederzuschreiben.

Dieselbe eiserne Stirn zeigt sich, wenn der „Freie Angestellte“ erklärt:

„Die Polizei ist unter Führung erprobter Gewerkschaftsfunktionäre zum wirksamen Instrument der Freistaaten gegen die Hitler-Rebellen gestaltet worden.“

Die Gummiknüppel-Attacken gegen demonstrierende Arbeiter auf der einen, die „ohne besondere Härte“ durchgeführte Auflösung der SA und SS auf der andern Seite geben hierzu den besten Kommentar.

Ueber die Behandlung der preußischen Staatsangestellten wird noch ein besonderer Artikel gebracht. Die beste Illustration zu diesem mit der Wirklichkeit nicht recht übereinstimmendem Loblied liefert die Tatsache, daß gerade in Preußen in den letzten Monaten immer mehr Angestellte abgebaut wurden, um den zur Entlassung kommenden Kommissären, den ausgesiedelten Reichswehrleuten und Schupos Platz zu machen. Der „Freie Angestellte“ kann das ja auch nicht ganz leugnen und schreibt deshalb:

„Ferner sei erwähnt, daß bei den in den letzten Monaten erforderlich gewordenen Personalentlassungen mit größter Sorgfalt und oft auch (!!) im Einvernehmen mit den Gewerkschaften die Auswahl nach der grundsätzlichen (nicht personalen) Seite hin getroffen worden ist.“ (Was waren das für grundsätzliche Seiten? G. H.)

Diesem bombastischen Schwung gegenüber mutet die

„Metallarbeiterzeitung“

fast bescheiden an. Sie verkündet:

„Seitdem die republikanische Regierung Preußens amtiert, hat sich eine tiefgehende Demokratisierung der Staatsverwaltung vollzogen; die Ausgaben für die sozialpolitischen Einrichtungen sind erheblich in die Höhe gegangen (?!) die 80 000köpfige Polizei ist nicht mehr Werkzeug der Reaktion, sondern, wie wir die letzten Wochen uns wieder überzeugen konnten, Werkzeug der Republik.“

Diese Proben mögen genügen. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen gegen diesen schändlichen Mißbrauch ihrer Presse protestieren und als erstes Zeichen dieses Protestes am Sonntag ihre Stimme abgeben

für die Listen der SAP!

Der Reformismus - eine Gefahr für den Arbeiter

Was er sich von der Bankensanierung erhoffte und was daraus wurde

Die Genossen von der reformistischen Fraktion erleben in diesen Zeitläuften bittere Stunden. Nicht nur jene, die sich auf der Bühne der Politik bewegen, werden vom Mißgeschick verfolgt, sondern nicht minder die andern, die das Gedankengut des Reformismus auf die Wirtschaft anwenden und die Entdeckung gemacht haben wollten, daß der Sozialismus wie in keinen früheren Zeitläuften im Begriffe stehe, seine Wurzeln in das kapitalistische Erdreich zu versenken und dieses, befruchtet von der Tropenluft der Krise, mit jedem Tage mehr in ein modernes Eden der Arbeiterklasse verwandle. Vor allem war es die große, im Februar vollzogene Sanierung der Banken, die die Segel des Reformismus mit derartig beglückenden Hoffnungen ausschwellte. Das Geschick war auch in der Tat überaus bedeutsam. Ueber Nacht waren die einst allmächtigen Banken, die mehr als nur einmal Staat und Regierungen ihren harten Diktaten unterwarfen, zu armenigen Bettlern geworden und winselten um die Gewährung einer öffentlichen Unterstützung. Einen solchen Vorgang in solchem Ausmaß hatte die Welt noch nicht erlebt. Die stärkste Säule im Gebäude des Kapitalismus war gerstanden, und nur mit Hilfe der öffentlichen Hand konnte der weitere Einsturz aufgehalten werden.

Man kann nicht sagen, daß die Regierenden in diesem Augenblick an Großzügigkeit fehlen ließen. Sie, die soeben noch einen General-Lohn- und Gehaltsabbau dekretiert, und zur Rettung der Staatsfinanzen die sozialen Unterstützungen noch einmal rigoros gekürzt hatten, spendeten den Großbanken mit vollen Händen, ohne Rücksicht darauf, ob sie ihren eigenen Kassen nicht mehr zumuten, als diese überhaupt vertrugen. Insgesamt machten die zu diesem Zwecke erfolgten Aufwendungen einen Betrag aus, der nur um eine geringfügigkeit unter einer Milliarde Mark lag. Das war nun freilich eine Summe, die auch bei den Reformisten einige Beklammungen verursachte, aber ihr Schmerz wurde sofort durch die tröstliche Gewißheit verdrängt, daß sich die öffentliche Hand mit dieser Leistung zum Zutritt zu einem der größten Heiligtümer des Kapitalismus erkaufte und damit einen weiteren — den wichtigsten — privatwirtschaftlichen Bezirk ihrem bestimmenden Einfluß unterworfen hatte.

Die erste Enttäuschung

Dann traten die Generalversammlungen der Großbanken zusammen, um Vorstände und Aufsichtsräte neu zu konstituieren. Das war der Augenblick, wo sich entscheiden mußte, inwieweit die öffentliche Hand entschlossen war, von ihrer Machtstellung Gebrauch zu machen. Schon die Regelungen, die vordem mit den Banken getroffen worden waren, hatten zu größtem Mißtrauen berechtigt. Die dabei geübte Umständlichkeit konnte für jeden Eingeweihten nur den einen Sinn haben, möglichst hohe Schranken gegen eine Ausbreitung des öffentlichen Einflusses zu errichten. So willig nämlich die Herren Bankiers die öffentlichen Zuwendungen einsteckten, so ängstlich wachten sie darüber, daß ihre Macht uneingeschränkt erhalten bleibt. Der Staat interessierte sie nur solange, als er für sie als prämiöse Rückversicherung fungiert, und immer dann zur Hand ist, wenn es gilt, in den Bilanzen aufgetretene Löcher zu stopfen. Das ist nun eine wegs eine Stellungnahme, die sich etwa auf die Bankkreise beschränkt. Auch im Schoße der Reichsregierung denkt man offenbar gar nicht anders und hat — das ist von Brüning und insbesondere von dem Finanzminister Dietrich wiederholt öffentlich zum Ausdruck gebracht worden — nur den einen Wunsch, den Banken möglichst rasch wieder die alte Selbständigkeit zurückzugeben.

Der Verlauf der Generalversammlungen hat diese Gemeinsamkeit des Willens in jeder Beziehung bestätigt. Soweit das Reich Verordnungsrechte im Vorstand und im Aufsichtsrat in Anspruch nahm und auch zugebilligt erhielt, geschah dies allein bei der Dresdener Bank, deren Aktien allerdings so gut wie ausnahmslos in den Händen des Reiches liegen. Der entscheidende Einfluß bleibt aber auch bei diesem Institut bei Privaten, und daß sich jedenfalls nichts in der Politik dieser Bank ändern werde, ist auch in der Generalversammlung ausdrücklich vom Vorstandstisch aus verkündet worden.

Auf Kosten des Reichs

So gut wie keinen Einfluß erhielt das Reich bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, obwohl auch dieses Institut unvermeidlich zusammengebrochen wäre, wenn das Reich seine Unter-

stützungsfunktion nicht auch auf diese direkt ausgedehnt hätte, ganz abgesehen davon, daß der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft auch indirekt durch die Sanierung der übrigen Banken in einem gewaltigen Ausmaß geholfen wurde. Die Allmächtigen dieser Bank leisteten sich sogar noch einen besonderen Kniff. Durch eine aktienrechtliche Notverordnung ist bestimmt, daß der Aufsichtsrat höchstens 30 Personen umfassen darf. Das hätte nun einer Reihe von Bankfreunden zwar nicht den Kopf, wohl aber doch die Tantieme gekostet, und das war eine Zumutung, die der Leitung der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft ihren Aufsichtsratsmitglieder nicht antun wollte. Sie schmuggelten daher die dem Henkerheil der aktienrechtlichen Notverordnung verfallenen Mitglieder wieder durch eine Hintertür herein, indem sie einen sogenannten 100köpfigen Hauptausschuß bildeten. Welche Funktionen dieser haben soll, ist nicht klar. Man vernahm lediglich, daß er zweimal im Jahre zusammentreten und dafür 3000 M. pro Kopf beziehen soll. Der Gedanke ist also nahelegend, daß diese Einrichtung nur zu dem Zwecke erfunden wurde, um für hundert Herren ein Stipendium im Gesamtbetrag von immerhin 300 000 M. zu rechtfertigen. Zu andern Zeiten wäre das eine reine Privatangelegenheit der Bank selbst gewesen. Da aber, wie die andern Banken, auch die Deutsche Bank und Disconto-

Gesellschaft sich nur mit Hilfe von Staatskrücken aufrecht erhalten konnte, so sind jene Herren indirekt Kostgänger des Reichs.

Der Fall Hse

Einen noch aufregenderen Fall bildet ohne Zweifel die Commerz- und Privatbank. Diese ist „von Kopf bis Fuß“ mit Reichsgeldern ausgestattet worden. Ohne die Freigebigkeit der öffentlichen Hand wäre jeder Pfennig bei ihr verloren gewesen und hätte sich deren Direktor Reinhart, dessen Namensschild durch eine Reihe von Vorfällen stark lädiert ist, nach einer anderen Beschäftigung umsehen müssen. Die Gegenleistung der Bank? Der Vorstand bleibt, wie er war, und das Reich muß sich auf das Zusehen beschränken, wie Herr Reinhart mit den öffentlichen Geldern wirtschaftet. Es bot sich auch alsbald Gelegenheit zu einem sehr instruktiven Anschauungsunterricht. Besagter Herr Reinhart ist zufällig auch Vorsitzender der bekannten Hse Bergbau A.G., der besonderen Domäne des Tschechen Petschek. Von dieser besitzt nun das Reich auf dem Wege über die VGAG (Vereinigte Industrieunternehmungen AG.) rund ein Viertel der gesamten, in Umlauf befindlichen Aktien. Das ist ein derart hoher Prozentsatz, daß er in den meisten Fällen zur vollkommenen Be-

herrschung einer Aktiengesellschaft ausreicht. Nicht so bei der Hse. Hier thronen Petschek und sein Bankier Reinhart. Die VIAG scheint auch gar nicht einmal die Absicht zu haben, sich an deren Stelle zu setzen. Sie verlangt nur — bescheiden, wie die öffentliche Hand immer in den Sphären der Privatwirtschaft ist —, daß ihr zwei Sitze im Aufsichtsrat zugebilligt werden. Dieser umfaßt gegenwärtig 13 Köpfe, und es wurde daher vorgeschlagen, eine Erhöhung auf 15 vorzunehmen. Weder Herr Petschek noch Herr Reinhart hätten daher Grund zu großen Befürchtungen. Sie wären nach wie vor der erdrückenden Mehrheit gewiß. Aber beide sind nun einmal erklärte Feinde der öffentlichen Hand. Am wildesten sträubte sich derselbe Reinhart von derselben Commerz- und Privatbank, die soeben erst mit vollen Händen aus der großen Bankensanierung heimgelockt war. Für ihn ist die öffentliche Hand offenbar nur zum Geben, unter keinen Umständen zum Nehmen da. Ja, er bezeichnete es noch als einen Glücksfall, daß die Hse in der Lage ist, das Eindringen des öffentlichen Einflusses in ihre Gefilde abzuwehren, und verlangte, daß dieser Glücksfall auch restlos ausgeschöpft werde. Also geschah es auch. In zwei kurz aufeinander folgenden Generalversammlungen wurde die VIAG mit ihrem Verlangen abgewiesen, so daß ihr jetzt allenfalls noch das Bescheiden des Prozeßweges bleibt, um eine Erfüllung durchzusetzen.

Naphtali lernt um

Das sind freilich Vorgänge, die sich mit den Vorstellungen, die unsere Herren Reformisten mit der Bankensanierung verbunden, so ganz und gar nicht reimen. Diese sind denn auch seitdem etwas ernüchert. Auch Naphtali Gesicht strahlt nicht mehr in der früheren beglückenden Zufriedenheit. In einem am 3. April im „Vorwärts“ erschienenen Artikel rückt er jedenfalls mit einem vernehmlichen Ruck von der noch wenige Wochen zuvor in demselben „Vorwärts“ aufgestellten These ab, wonach „die hohen Funktionäre wider Willen zu Vollstreckern einer unvermeidlichen Entwicklung geworden“ seien und die im Februar erfolgte Bankensanierung einen „Schritt vorwärts“ darstelle, „der jetzt zwangsläufig in der Ausgestaltung des öffentlichen Einflusses auf die Bankwirtschaft gegangen worden ist“ („Vorwärts“ vom 23. Februar). Wenigstens dokumentiert er jetzt als seine Erkenntnis:

„So unzweifelhaft es ist, daß nach den Staatseingriffen in Deutschland, Oesterreich, Italien und Amerika die Zeit einer rein privaten Bankwirtschaft nicht wiederkehren wird, so wenig ist auf der anderen Seite mit dem staatlichen Eindringen, ja mit der kapitalmäßigen Herrschaft des Staates über große Teile des Bankwesens bereits die Frage entschieden, welche Bedeutung diese neue Stellung des Staates in der Wirtschaft gewinnen wird. Hier handelt es sich nicht um Vorgänge, deren Entwicklungsrichtung und Entwicklungstempo zwangsläufig gegeben ist.“ („Vorwärts“ vom 3. April.)

Was also am 23. Februar noch „zwangsläufig“ war, ist es bereits am 3. April desselben Jahres nicht mehr. Nun, Genosse Naphtali, zwangsläufig ist von allem nur das eine: der Zusammenbruch aller reformistischen Vorstellungen. Der Fall der Bankensanierung ist hierfür ein Beispiel aus der frischesten Gegenwart. Die Illusion vom Hindenburgsieg ein anderes. Die Beispiele werden sich rasch vermehren. Handelte es sich hierbei um eine Angelegenheit, die nur die Wissenschaft angehe — wir könnten dieser Zwangsläufigkeit ruhigen Gemütes entgegensehen. Aber es geht hierbei um mehr. Der Reformismus vernebelt die Gehirne der Arbeiterschaft und lenkt sie von der Aufgabe ab, die ihr diese Zeit stellt. Je länger die Arbeiterschaft aber von dieser Erkenntnis abgehalten wird, desto mehr werden ihre Kräfte gelähmt, desto ferner rückt der Sieg, desto höher steigen die Chancen des Faschismus. Wissentlich oder unwissentlich — das ist praktisch gleichgültig — erweist sich darum der Reformismus als der stärkste Förderer des Faschismus.

Das gilt es auch jetzt bei den Wahlen zu bedenken.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Macht den längst fälligen Trennungstrich. Tretet ein und werbt für

die Liste der SAP



für die Einheit der Klasse
Sozial-Arbeiter-Partei
wählt Liste 18

Anfangserfolg im Fuhrgewerbe

Auf Grund des Beschlusses der Arbeiter im Berliner Fuhrgewerbe, in keinem Betrieb das Lohnabbau-diktat der Unternehmer kampflos hinzunehmen, traten in zwei größeren Betrieben die Arbeiter am Montag in den Streik. Der Erfolg stellte sich sehr schnell ein. Nach kurzer Streikdauer verpflichteten sich die Unternehmer, die alten Löhne bis zur endgültigen Regelung weiter zu zahlen. Die Mehrzahl der übrigen Unternehmer zahlten bisher unter dem Druck der Streikdrohung die alten Löhne weiter, doch auch nur mit dem Vorbehalt „bis zur endgültigen Regelung“. Andere Unternehmer versuchen den „Mittelweg“ zu gehen, indem sie nur die von der Innung diktierten Löhne auszahlen, jedoch mit der Maßgabe, daß das nur „einstweilen“ bis zur endgültigen Regelung erfolge.

Eine Vollversammlung der Arbeiter des Fuhrgewerbes nahm am Freitag gegen diese Methoden der Unternehmer Stellung und beschloß, daß überall die Arbeit eingestellt wird, wo nicht restlos der alte Lohn weiter bezahlt wird. Dazu sollen die Unternehmer bis spätestens Sonnabend, den 23. April, eine eindeutige Erklärung abgeben. Wo diese verweigert wird, erfolgt sofortiger Streik.

Inzwischen bemüht sich der Schlichtungsausschuß, um erneute Verhandlungen zustande zu bringen. Das müssen die Arbeiter ablehnen. Der Schlichter, der schon im ersten, von den Unternehmern als nicht weit genug gehend abgelehnten Schiedsspruch von 10 Prozent Lohnabbau aussprach, wird auch jetzt be-

stimmt mit Lohnabbau kommen. Deshalb verhindert neues Eingreifen des Schlichters!

Der vorläufig erfolgreiche Streik bei zwei Unternehmern zeigt den Arbeitern den einzig richtigen Weg. Es gilt den Unternehmern die kategorische Forderung zu stellen: Sofortige endgültige Tariffestsatzung, nach der zum mindesten die bisherigen Löhne weiterbezahlt werden. Andernfalls Streik!

Tarifverhandlungen für Mansfeld A.G.

TU. Halle, 22. April 1932.

Am kommenden Dienstag beginnen in Eisen Verhandlungen zwischen Vertretern der Gewerkschaften und der Verwaltung der Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb über die Neugestaltung des von der Mansfeld A.-G. gekündigten Manteltarifs. Zwischen den Betriebsräten der Mansfeld A.-G. und den in Betracht kommenden Arbeitssämtern schweben zur Zeit bereits Verhandlungen über die Einführung des Krümpersystems bei der Mansfeld A.-G. Die Gewerkschaften sind mit dieser Frage noch nicht befaßt worden.

Es ist sehr falsch, wenn der Betriebsrat der Mansfeld A.-G. Verhandlungen über Einführung des Krümpersystems führt. Damit wird nur dem Kapital Gelegenheit zu weiteren Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen geboten. Die Mansfeld A.-G. hat schon ungezählte Millionen an Subventionsgeldern vom Reich geschluckt. Sie verbraucht die Riesensummen restlos für ihre Aktionäre und riesigen Direktorengelöhler usw. Die Arbeiter müssen durch entschlossenes Auftreten durchsetzen, daß die vom Reich gezahlten Subventionssummen den Arbeitern zugute kommen und daß weder das Krümpersystem noch sonst eine Tarifverschlechterung eingeführt wird.

Buchruckerstreik bei R. Boll G.m.b.H.

Die gesamte, etwa 200 Personen zählende Belegschaft der dem GDA. gehörenden Druckerei R. Boll G. m. b. H. trat am Freitag in den Streik. Wie wir schon in der SAZ berichteten, besteht dort schon seit Wochen ein Konflikt. Die Firma versuchte unter Führung des GDA-Vorstandes den übertariflichen Lohn abzubauen. Im Verlaufe der Differenzen hat die Belegschaft vor einiger Zeit geschlossen die Kündigung eingereicht. Dagegen erhob die Firma zunächst Klage beim Tarifschlichtungsamt, zog aber dann die Klage zurück und eröffnete ihrer Belegschaft, daß generell die übertariflichen Lohnzuschläge um 35 Prozent abgebaut würden. Die Belegschaft lehnte das einmütig ab und trat geschlossen in den Streik.